

Maulkörbe weg!

Politischer AStA statt Elfenbeinturm

Seit Mitte der Neunzigerjahre haben konservative bis rechte Kreise ein unschönes Hobby neu für sich entdeckt: Sie verklagen StudentInnenenschaften wegen deren Wahrnehmung des so genannten Allgemeinpolitischen Mandats. Was nach der Einführung der Verfassten StudentInnenenschaften kurz nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges gang und gäbe war, wird nun strafrechtlich verfolgt. Was obskur klingt, hat einen einfachen Hintergrund: In den Fünfzigern waren noch überwiegend rechts-konservative StudentInnen in den ASten vertreten, die im Konsens mit den Hochschulleitungen Adenauers Politik unterstützten und die ganz selbstverständlich ihre politische Weltanschauung kundtaten, etwa wenn sie die »Eindämmung der kommunistischen Gefahr« forderten. In den Sechzigerjahren wandelte sich das Bild hin zu kritisch-reflektierteren Positionen (z. B. Proteste gegen den Vietnamkrieg oder gegen Polizeiterror). Erste Prozesse gegen solche politischen Äußerungen folgten 1967. Acht Jahre später wurde in Marburg der erste AStA des Amtes enthoben und 1976 schließlich ein Hochschulrahmengesetz verabschiedet, dass es StudentInnenschaf-

ten lediglich erlaubt, sich hochschulpolitisch zu äußern. Das Verbot des Allgemeinpolitischen Mandats ist also ein politisch motivierter Akt, der kritischen StudentInnen einen Maulkorb verpassen soll. Ausgerechnet der RCDS, der in den Fünfziger- und Sechzigerjahren selbst zu bundesdeutscher Tagespolitik Stellung bezog, ist heute einer der ärgsten GegnerInnen des Politischen Mandats. Auch die »Unabhängigen« und die »Lust« lehnen das Politische Mandat ab.

Es ist jedoch unmöglich, eine Trennlinie zwischen Hochschule und Gesellschaft zu ziehen: Die Einführung von Studiengebühren beispielsweise ist nur im Kontext aktueller Sozialabbaupolitik umfassend zu kritisieren. Wie soll man mehr Geld für Bildung fordern, wenn man nicht sagen darf, wo es herkommen soll? Und ist es nicht auch eine politische Aussage, wenn ein AStA dazu schweigt, wenn Nazis durch die Stadt marschieren?

Die Alternative Liste wird sich jedenfalls auch künftig nicht den Mund verbieten lassen – weder von »RCDS« und »Lust«, noch von Ministerien oder Gerichten.

Sebastian Schröder

Weltklasse im Auslesen

»Wozu braucht ein Müllmann Abitur?«

Das deutsche Bildungssystem hat vor allem eine Stärke: Soziale Selektion funktioniert hier besser als in jedem anderen OECD-Land.

In Finnland erwerben zurzeit 89 Prozent der SchülerInnen eines Jahrgangs einen studienqualifizierenden Schulabschluss. Deshalb diskutiert man in Finnland darüber, was eigentlich falsch läuft. Schließlich stimmt doch etwas nicht, wenn 11 Prozent den Abschluss nicht machen. Finnland hat es sich zum Ziel gesetzt, dass jede und jeder einen studienqualifizierenden Schulabschluss bekommen soll. Um dieses Ziel umzusetzen, werden seit Jahren enorme Summen in die Bildung investiert. Mit einer konsequenten Bildungsreform in den Siebzigerjahren, in denen ein integriertes Schulsystem (»Eine Schule für Alle«) durchgesetzt wurde, hat sich Finnland weltweit an die Spitze der Industrienationen katapultiert.

In Deutschland dagegen ist die Reform gescheitert. Die PISA-Studie hat es eindrucksvoll gezeigt: In keinem anderen der Länder der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) hängt der Bildungserfolg so stark von der sozialen Herkunft ab wie in Deutschland. Ausschlaggebend für das enorme Bildungsgefälle in Deutschland ist vor allem das selektive Schulsystem. In kaum einem anderen Land wird über die weiteren Bildungswege von Kindern schon so früh (im Alter von zehn Jahren) entschieden wie bei uns. Daran ändern auch die wenigen integrierten Gesamtschulen in Nordrhein-Westfalen wenig. Mit ihnen ist kein integriertes Schulsystem entstanden. Vielmehr wurde aus dem dreigliedrigen ein viergliedriges Schulsystem.

Die Bildungsreformen der Siebzigerjahre haben zwar auch in Deutschland bewirkt, dass heute mehr Kinder aus bildungsfernen Schichten studieren als damals, von Chancengleichheit kann jedoch keine Rede sein. Die letzte Sozialerhebung des Deutschen StudentInnenwerkes hat gezeigt, dass der Bildungsabschluss und der Beruf der Eltern noch immer starken Einfluss auf die Bildungschancen der Kinder haben. Im Jahr 2000 lag die Studierquote von jungen Menschen, deren Väter Arbeiter waren, bei zwölf Prozent, während 72 Prozent der Kinder von Beamten studierten. Insgesamt



Danke Wolfgang! In Bildungs- und Sozialabbau war die SPD schon immer Spitze Foto: Raphaela Häuser

zeigt die Sozialerhebung sogar, dass der Anteil von StudentInnen aus unteren sozialen Schichten in den letzten 20 Jahren immer weiter zurückgegangen ist.

Vergleicht man die Situation in Finnland mit der Situation in Deutschland, so lassen sich vor allem zwei Unterschiede festmachen, die ausschlaggebend für die große Differenz in den Ergebnissen der PISA-Studie sind:

1. In Deutschland dominiert nach wie vor eine Ideologie, die besagt, dass es leistungsfähige und weniger leistungsfähige Menschen gibt und dass diese möglichst früh (nach der Grundschule) in unterschiedliche Schulformen verteilt werden sollen (»Wozu braucht ein Müllmann Abitur?«). Heimlich unterstellt diese Ideologie, dass nach der vierten Klasse eine Prognose über den zukünftigen Bildungserfolg möglich ist. Auch im weiteren Verlauf der Schule wird immer wieder mit Auslesemechanismen (Sitzenbleiben, Wechsel auf andere Schulformen) gearbeitet. Die oftmals behauptete Durchlässigkeit des gegliederten Schulsystems erweist sich dabei als ausschließliche Durchlässigkeit nach unten. In Finnland und anderen skandinavischen Ländern ist es dagegen erklärtes

Ziel, alle Kinder zu einem guten Schulabschluss zu bringen. Wer die Leistungsanforderungen nicht erfüllt, wird nicht fallen gelassen, sondern bekommt eine individuelle Förderung. Die aktuellen Daten zeigen, dass ein solches System nicht nur funktionsfähig ist, sondern dem deutschen bei weitem überlegen.

2. Es ist kein Zufall, dass Finnland von allen OECD-Ländern auch das Land mit den relativ höchsten Bildungsausgaben ist. Während Finnland 5,75 Prozent seines Bruttoinlandsproduktes in öffentliche Bildungsausgaben steckt, sind es in Deutschland nur 4,35 Prozent. Der OECD-Durchschnitt liegt mit fünf Prozent irgendwo dazwischen.

Die USA, die hierzulande stets als leuchtendes Beispiel für eine Privatisierung und Kommerzialisierung des Bildungssystems erhalten, liegen zwar mit 4,82 Prozent unter dem OECD-Durchschnitt, jedoch immer noch klar vor Deutschland. Bei aller Kritik am deutschen Bildungssystem und der Ideologie, die dahinter steht, ist eines ganz klar: Wenn sich hier spürbar etwas ändern soll, wird das nur mit deutlich mehr Geld für Bildung zu machen sein.

Marc Mulia (Alternative Liste Duisburg)

Studienkonten

Studienkontenmodelle für 2004 und 2007

Seit dem 6. Oktober liegt nun der studentische Kontenplan, soll heißen die Rechtsverordnung und die Verwaltungsvorschriften für das Studienkonten- und -finanzierungsgesetz vor. Der Wust an Paragraphen staffelt das bildungspolitische Desaster in zwei Stufen: Studienkontenmodell ab Sommersemester 2004 und die verschärfte Variante ab 2007.

Grundlage für das virtuelle Studienkonto, das alle StudentInnen ab dem Sommersemester 2004 bekommen, ist die aufgerundete jeweilige anderthalbfache Regelstudienzeit – bei neun Semestern Regelstudienzeit also ein »Guthaben« von insgesamt vierzehn Semestern. Die Überziehungsgebühren für dieses Konto betragen 650 Euro pro Semester, die an der Universität Köln rund ein Drittel aller StudentInnen zahlen dürfen.

Ebenfalls zur Kasse gebeten werden alle ZweitstudiumsstudentInnen – mit 650 Euro ab dem ersten Semester. Ausnahmen gibt es für diejenigen, die innerhalb der ersten beiden Semester ihr Studienfach gewechselt haben. Wer sich danach für eine andere Studienrichtung entschieden hat, muss mit dem gebührenfreien Restguthaben auskommen – es gelten also grundsätzlich die Hochschul- und nicht die Fachsemester.

Die weiteren Ausnahmeregelungen sind ebenso unsolidarisch wie verworren, so gibt es sowohl – stark begrenzte – »Bonusguthaben« für Kindererziehung, die Mitarbeit in studentischen Gremien und studienzeitverlängernde Auswirkungen von Krankheit und Behinderung als auch halbe Regelabbuchungen für die A-, B- und C-Kader der Olympiastützpunkte Nordrhein-Westfalens.

Ab dem Sommersemester 2007 greift dann die Kombination aus Neuberechnung der Gebühren und einer grundlegenden Studienreform – natürlich in erster Linie wieder den StudentInnen in die Tasche. Neue Abrechnungseinheit ist dann die Se-

mesterwochenstunde, von denen die in der jeweiligen Prüfungsordnung stehende Zahl plus 25 Prozent innerhalb der doppelten Regelstudienzeit verbraucht werden darf. Zur Erfassung des Verbrauchs werden Studienverhalten und Studiumsverlauf mit Datenerfassungssystemen wie *uk-online* und eventuell einzuführenden Chipkarten überwacht. Des Weiteren dürfen die gläsernen StudentInnen die freie Gestaltung des Studiums zugunsten von so genannten Modulen aufgeben, die Seminare, Klausuren, Vorlesungen und Arbeiten zu gut abbuchbaren Einheiten zusammenfassen. Aus diesen lassen sich dann auch hervorragend die viel propagierten, aber inhaltlich kaum überzeugenden Bachelor- und Masterstudiengänge zusammenbasteln. Ab ihrem ersten Tag an der Universität sollten StudentInnen also jeden ihrer Schritte ökonomisch durchgeplant haben.

Um gegen das Gebührengesetz vorzugehen, organisieren das Landes-ASten-Treffen (LAT NRW) und das Aktionsbündnis gegen Studiengebühren (ABS) landesweite Sammelklagen, denen sich die Betroffenen jederzeit kostenfrei anschließen können und sollten, da der Erfolg unter anderem auch von einer starken Beteiligung an den Klagen abhängt.

Die Details des Studienkontenmodells kann man sich auf der Internetseite des NRW-Wissenschaftsministeriums unter folgender Adresse zu Gemüte führen: www.wissenschaft.nrw.de. Dort gibt es neben umfangreichem Material zum Studienkontenmodell auch das Studienkonten- und -finanzierungsgesetz sowie die Rechtsverordnung und die Verwaltungsvorschriften zu bewundern.

Aktuelle Informationen zu den Sammelklagen des ABS und den 650-Euro-Newsletter, in den sich alle Interessierten eintragen können, gibt es auf der Homepage des Aktionsbündnisses gegen Studiengebühren www.abs-nrw.de.

Beate Schulz

Aktionsbündnis gegen Studiengebühren

Nach dem bundesweiten Hochschulstreik im Wintersemester 1997/1998 und der rot-grünen Regierungsübernahme 1998 war klar, dass für die Durchsetzung eines bundesweiten Studiengebührenverbots weitere koordinierte Aktivitäten und außerparlamentarischer Druck nötig sind. Daher gründeten StudentInnen, WissenschaftlerInnen, SchülerInnen und GewerkschafterInnen auf Initiative der Alternativen Liste und vieler anderer Gruppen das bundesweite Aktionsbündnis gegen Studiengebühren (ABS).

Die programmatische Grundlage des ABS ist der Krefelder Aufruf, in dem es unter anderem heißt: »Studiengebühren sind aus gesellschafts-, sozial- und bildungspolitischen Gründen abzulehnen. Sie lösen kein einziges Problem, sondern verschärfen die Krise des Bildungssystems.«

Seither kämpfen über 150 ASten, Fachschaften, Hochschulgruppen, Gewerk-

schaftsorganisationen, WissenschaftlerInnen, Verbände und Initiativen gegen Bildungs- und Sozialabbau. Zahlreiche Broschüren (»Gebühren für Langzeitstudierende«, »Argumente gegen Studiengebühren«, »Studienkonten und Bildungsgutscheine«), Plakate, Postkarten und Zeitungen wurden bundesweit an Schulen und Hochschulen verteilt.

Unter anderem organisierte das ABS eine NRW-weite Unterschriftenkampagne, bei der zirka 120 000 Menschen für ein Gebührenverbot ohne Wenn und Aber unterschrieben. Die gesammelten Unterschriften wurden im September 2002 in Düsseldorf medienwirksam übergeben: Eine dreieinhalb Kilometer lange rot-grüne Wäscheleine mit Unterschriftenlisten zierte die Landtagswiese.

Dazu kamen noch Demonstrationen, Kongresse und verschiedene Formen des Online-Protests.

Im Mai 2002 gründeten AL-AktivistInnen und die Uniweite Fachschaftenkonferenz der Universität Köln das ABS-Landesbüro Nordrhein-Westfalen. Der jetzige Bundesgeschäftsführer, Markus Struben (Alternative Liste), ist seither als NRW-Landeskoordinator tätig. Das ABS-Landesbüro schob maßgeblich die NRW-weite Streik- und Protestwelle des Sommersemesters 2002 an. Im vergangenen Sommersemester wurde eine Sammelklagen-Kampagne gegen überhöhte Gebühren für verspätete Rückmeldung etc. durchgeführt, derzeit laufen die Sammelklagen gegen die 650-Euro-Gebühren an. Auch in Zukunft wird das ABS in Land und Bund für den Erhalt eines gebührenfreien Studiums kämpfen.

Weitere Informationen findet ihr im Internet unter www.gute-bildung.de und www.abs-nrw.de.



Markus Struben (Listenplatz 113) Aktionsbündnis gegen Studiengebühren (ABS), Gleichstellungskommission, Uni-FSK, Fachschaft Geschichte



Raphaela Häuser (Listenplatz 47) SprecherInnenrat der Phil, philtrat, Uni-FSK, Gleichstellungskommission, Fachschaft Romanistik



Tobias Schuhmacher-Hernández (Listenplatz 105)



Andrea Capitain (Listenplatz 15) Ökologische Linke, Antikriegsplenum Köln, NaturfreundInnen Köln